

Freiheitliche Flügelkämpfe? (Historische) Konfliktlinien in der FPÖ

Karl Beyer, Stephan Pühringer

Einleitung

Mit Blick auf die sozialpolitische Orientierung der FPÖ zeigt sich ein Spannungsverhältnis: Auf der einen Seite stehen die Wahlkampfrhetorik der FPÖ im Vorfeld der Nationalratswahl 2017 oder öffentliche Reden, in denen selbstbewusst behauptet wird: „Wir sind die neue Arbeiterpartei“ (Strache am 1. Mai 2018). Dem stehen auf der anderen Seite das Regierungsabkommen mit der ÖVP bzw. erste Gesetzesvorlagen im Bereich der Mindestsicherung oder jüngst die Ausweitung der Tages- und Wochenarbeitszeit gegenüber. So scheint für die FPÖ das Narrativ der „Sozialen Heimatpartei“ mit dem parteieigenen, pointiert wirtschaftsliberalen Wirtschaftsprogramm und dem Regierungsabkommen in Widerspruch zu stehen und somit eine integrale Herausforderung für die eigene Positionierung darzustellen.

Dieser Widerspruch trifft nicht bloß auf die FPÖ zu, sondern ist für viele Parteien der extremen bzw. populistischen Rechten verbindlich (Becker in diesem Heft). So stellt etwa Afonso (2015) fest, dass sich rechtspopulistische Parteien angesichts der sozioökonomischen Hintergründe ihrer WählerInnen und der meist wirtschaftspolitisch klarer positionierten rechts-konservativen oder bürgerlichen Koalitionspartner entscheiden müssten, wen von den beiden sie eher „betrügen“ würden. AutorInnen wie Arzheimer (2012) hingegen gehen der Frage nach, warum rechtspopulistische Parteien in den letzten Jahrzehnten überhaupt dazu in der Lage waren, zunehmend stärker ArbeiterInnen für sich zu gewinnen. Mudde (2007) wiederum argumentiert, dass bei vielen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien sozial- und wirtschaftspolitische Positionen oftmals von ihren ideologischen Kernpositionen des Nativismus (Vorrang für „Einheimische“), Autoritarismus und Populismus überformt seien und somit politisch-ideologische Spannungsverhältnisse eine untergeordnete Rolle spielen.

In diesem Beitrag wollen wir uns der Frage innerparteilicher Konfliktlinien nähern. Vor diesem Hintergrund skizzieren wir im Folgenden anhand der historischen Entwicklungen der FPÖ, wie sich die angedeuteten Spannungsverhältnisse in Flügelkämpfen, Abspaltungen und/oder Neugründungen manifestiert haben. Auf Basis einer empirischen Erhebung der institutionellen und organisatorischen Verankerung führender FPÖ-PolitikerInnen wird dabei die Kräftebalance zwischen drei unterschiedlichen Flügeln der FPÖ netzwerkanalytisch untersucht. Abschließend stehen Veränderungen im parteiinternen Machtgefüge seit der Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Schwarz-Blau I im Zentrum.

Historische Entwicklung innerparteilicher Konfliktlinien

Wenn über innerparteiliche Fraktionierungen der FPÖ gesprochen wird, so werden in der historischen Betrachtung meist ein „liberaler“ und ein „national-konservativer“ Flügel einander gegenübergestellt. Was auf den ersten Blick ideologisch kaum vereinbar scheint, hat seine Wurzeln in der Vorstellung eines sogenannten (keinesfalls homogenen) „Dritten Lagers“, dem unterschiedliche soziale Gruppen und ideologische Orientierungen zugeordnet werden und als dessen parteiförmige Repräsentantin sich die FPÖ versteht. Bereits innerhalb der ersten parteipolitischen Formierung des „Dritten Lagers“ nach Ende des Zweiten Weltkrieges, dem Verband der Unabhängigen (VdU), fanden sich sowohl liberale als auch deutschnationale Kräfte. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden innerparteilichen Flügeln sollte die Entwicklung der FPÖ in den Folgejahrzehnten wesentlich mitprägen, wie der folgende kurze Abriss der innerparteilichen Konfliktlinien im historischen Verlauf von 1949 bis heute zeigen wird. Hierbei wird immer auch das Zusammenspiel von drei unterschiedlichen Ebenen in den Blick genommen: die (erweiterte) Parteispitze, die Parteibasis sowie die WählerInnenstruktur.

Vom VdU zum Innsbrucker Parteitag

Die personelle Zusammensetzung des 1949 gegründeten VdU war „von Beginn an überaus heterogen“ (Reiter 2017). Der liberale Flügel (im Sinne von wirtschaftsliberal) stellte zwar die Parteispitze (die Parteigründer Herbert Kraus und Viktor Reimann), und es fanden sich in der Parteiprogrammatik auch einzelne wirtschaftsliberale Positionen, personell aber waren in der neuen Partei die Liberalen gegenüber den Nationalen in einer deutlichen Minderheit. Nach Wahlverlusten 1953 kam es wiederholt zu innerparteilichen Konflikten. Viele Nationale begehrten nun zusehends gegen die als liberal geltende Parteiführung auf, obgleich die innerparteilichen Machtkämpfe nicht nur zwischen dem nationalen und dem liberalen Flügel ausgefochten wurden, sondern auch innerhalb der beiden (ebd.). Die innerparteilichen Auseinandersetzungen gipfelten 1955/1956 schließlich in der Gründung der FPÖ mit dem ehemaligen NS-Funktionär Anton Reinthaller als ersten Parteiohmann. Der VdU wurde aufgelöst, dessen vormalige liberale Parteiführung trat aus der FPÖ aus. Andere als liberal geltende VdU-ler hingegen setzten ihre Tätigkeit ungebrochen in der FPÖ fort, obgleich sich die FPÖ unter Reinthaller vom Liberalismus distanzierte (ebd.).

Der auf Reinthaller nachfolgende langjährige Parteiohmann Friedrich Peter (1958–1978), welcher dem nationalen Flügel entstammte, setzte sich im Zuge seiner Obmannschaft das Ziel, die FPÖ in eine Regierungsbeteiligung zu führen. So ermöglichte er wiederum eine (ab 1978 auch von seinem Nachfolger an der Parteispitze Alexander Götz zumindest tolerierte) schrittweise Liberalisierung der FPÖ (Weidinger 2015: 494). Als wichtige ideologische und personelle Ressource ist in diesem Kontext die 1971 im Vorfeld der FPÖ gegründete „Politisch-wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Attersee“ (kurz Atterseekreis) zu nennen, welche sich in der politisch-liberalen Tradition der Aufklärung verortete (Atterseekreis 1987) und dem damals zahlreiche liberale FürsprecherInnen innerhalb der FPÖ zuzurechnen waren. Dies schlug sich einerseits schrittweise programmatisch nieder (etwa im Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik 1972) (Weidinger 2015: 513f.), andererseits auch organisatorisch und personell (u.a. Beitritt zur Liberalen Internationale 1979, Wahl des Liberalen Norbert Steger zum Parteiohmann 1980). Mit der einsetzenden graduellen Liberalisierung der FPÖ kam es zeitgleich wiederum zu einem inner- wie au-

ßerparteilichen Aufbegehren des nationalen Lagers (in Form von rebellischen Landesorganisationen, Parteiabspaltungen, Gegenkandidaturen im „Dritten Lager“ bei BundespräsidentInnenwahlen oder burschenschaftlichen Medien) (Bailer/Neugebauer 1994: 360ff.).

Der Konflikt zwischen dem liberalen und dem nationalen Flügel innerhalb der FPÖ fand seinen Kulminationspunkt schließlich in einer Kampfabstimmung am Innsbrucker Parteitag 1986. Die mehrheitlich nationale Parteibasis stürzte die liberale Parteispitze und krönte Jörg Haider zu ihrem neuen Parteiobmann. Die liberale Idee hatte innerhalb der FPÖ ab sofort einen schweren Stand. Es sollte sich in den Folgejahren eine Absetzbewegung vollziehen, welche 1993 in der Abspaltung des Liberalen Forums vom freiheitlichen Parlamentsklub ihren Schlusspunkt fand. Spätestens ab diesem Zeitpunkt kann konstatiert werden, dass es innerhalb der FPÖ keinen nennenswerten (politisch) liberalen Flügel mehr gab, was sich bis heute nicht geändert hat.

Die FPÖ unter Haider

Jörg Haider wiederum richtete die FPÖ inhaltlich, personell wie organisatorisch grundlegend neu aus, weg von einer reinen Repräsentantin des „Dritten Lagers“ hin zu einer autoritär geführten, rechtspopulistisch/-extremen, sozialdemagogischen Protestpartei (Bailer/Neugebauer 1994). Rhetorisch wurde das „Soziale“ neu entdeckt, was rasch zu steigendem Zuspruch innerhalb der ArbeiterInnenschaft führte. Organisatorisch manifestierte sich dieser Schwenk 1988 in der Gründung der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF) innerhalb der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. 1998 folgte schließlich die Gründung der Freien Gewerkschaft Österreichs (FGÖ) als Konkurrenz zum Österreichischen Gewerkschaftsbund (Bonvalot 2017: 95ff.).

Neben der Entdeckung der „sozialen Frage“ vollzog die FPÖ in den 1990er Jahren unter Haider weitere rhetorische bzw. inhaltliche Richtungsänderungen, bspw. von der Deutschtümelei zu einem aggressiven Österreich-Patriotismus (Schiedel 2014: 122) oder vom Antiklerikalismus zum wehrhaften Christentum. Personell umgab er sich nunmehr allerdings vor allem mit ihm loyalen, wirtschaftsaffinen Personen wie Grassner, Westenthaler oder Riess-Passer. Der nationale Flügel hingegen, welcher die Machtübernahme Haiders innerhalb der FPÖ ermöglichte, erfuhr im Zuge dieser inhaltlichen und personellen Veränderungen einen graduellen Bedeutungsverlust, hielt jedoch angesichts der Wahlerfolge still (Lunznig 2014: 61ff.). Zur Jahrtausendwende repräsentierte die FPÖ ein – hauptsächlich von der Person Haider zusammengehaltenes – Sammelbecken unterschiedlicher sozialer Gruppen und politischer Orientierungen: „Der freiheitliche Weltanschauungsmix, der damals von neoliberal bis national-sozial reichte, war nicht bloßer Ausdruck populistischer Strategie, sondern auch Spiegelbild innerparteilicher Fraktionierung.“ (Schiedel 2014: 124)

Mit diesen inhaltlichen bzw. rhetorischen Änderungen in der Ära Haider erfolgte auch eine Veränderung der WählerInnenstruktur der FPÖ. Entsprach diese bis 1986 vorwiegend der soziokulturellen Zusammensetzung des „Dritten Lagers“ (Lunznig 2014: 60), so drang die FPÖ unter Haider in klassisch sozialdemokratische WählerInnensegmente ein. Bei der Nationalratswahl 1999 beerbte die FPÖ schließlich die SPÖ als stärkste politische Kraft unter ArbeiterInnen. Doch trotz dieser Erfolge und organisatorischer Bemühungen konnte sich im parteiinternen Machtgefüge nur in Ansätzen ein sozialer Flügel etablieren. Mit dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000 kamen nicht nur neoliberale KarrieristInnen aus Haiders engstem Umfeld in hohe Regierungs- und Ministerialämter, auch das deutschnationale Lager wurde von der FPÖ bei der Postenvergabe entsprechend berück-

sichtigt. Der nun eingeschlagene neoliberale Regierungskurs der FPÖ hingegen wurde von breiten Teilen der eigenen WählerInnenschaft abgelehnt, was sich in einem dramatisch sinkenden Zuspruch für die FPÖ äußerte. Dieser wegbrechende Zuspruch sowie die ideologische Ausrichtung der Parteispitze sollten schließlich auch den nationalen Flügel an der Basis in Opposition zur (konservativ-wirtschaftsliberalen) Parteilite bringen.

Die offene Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Flügeln (außerordentlicher Parteitag in Knittelfeld 2002, Vorzugstimmenwahlkampf von Andreas Mölzer bei der EU-Parlamentswahl 2004) spitzte sich immer mehr zu. Im Gegensatz zu 1986, als noch die mehrheitlich nationale Parteibasis die liberale Parteiführung stürzte, kam nun die konservativ-wirtschaftsliberale Parteiführung einer solchen parteiinternen Demontage durch Abspaltung und Gründung des BZÖ im Jahr 2005 zuvor. Die Parteibasis musste sich nun zwischen zwei Parteien entscheiden, wobei das gut organisierte völkische Vereinswesen (u.a. völkische Korporationen inkl. Burschenschaften) der Rest-FPÖ die Treue hielt und dieser ab sofort als personelle und ideologische Ressource diente.

Die FPÖ unter Strache

Unter der Obmannschaft von Heinz-Christian Strache besann sich die FPÖ strategisch und rhetorisch wiederum auf die Erfolgsformel der frühen Haider-Ära: Ent(neo)liberalisierung, Rechtspopulismus und (exkludierende) Sozialdemagogie. Im Unterschied zur Haider-Ära aber war der nationale Flügel nun nicht nur rhetorisch, sondern auch – nach Abspaltung des BZÖ gezwungenermaßen – personell in der Parteiführung angekommen. Parteibasis und Parteilite waren nun nach außen hin weitgehend homogen und ent(neo)liberalisiert, was sich beispielsweise an der hohen Dichte völkisch Korporierter im FPÖ-Parlamentsklub ablesen lässt (Weidinger 2015: 449ff.).

Die strategische und inhaltlich-rhetorische Reorientierung der FPÖ zeitigte trotz Konkurrenz anderer Mitte-rechts Parteien (BZÖ und Team Stronach) rasch Wahlerfolge. Auch das Wahlsegment der ArbeiterInnen begann sich wieder der FPÖ zuzuwenden (Nationalratswahl 2006 (14%), 2008 (28%) und 2013 (33%)). Diese Position als stärkste Kraft unter ArbeiterInnen seit 2013 wurde bei der Wahl 2017 mit 59% der Stimmen eindrucksvoll gefestigt.

Innerhalb des österreichischen Parteienspektrums kam es in dieser Periode zu verschiedenen Umbrüchen, aus denen die FPÖ letztlich gestärkt hervorging. Nicht zuletzt nach dem Ausscheiden des BZÖ sowie des Team Stronach aus dem Nationalrat begann sich die FPÖ thematisch wieder zu verbreitern, indem verstärkt wirtschaftspolitische Themen aufgegriffen und zusehends (teils nativistisch überformte) wirtschaftsliberale Positionen eingenommen wurden. Ein Ausdruck dessen ist die enge Kooperation der FPÖ mit dem neoliberalen Hayek Institut in Person von Barbara Kolm (siehe nachfolgenden Exkurs), aber auch die partiell erfolgende Zuwendung zur Industriellenvereinigung (IV). Ein weiterer Ausdruck dessen ist das im Sommer 2017 vorgestellte, dezidiert neoliberal geprägte Wirtschaftsprogramm der FPÖ (Rehm et al. 2017), welches zugleich als eine Vorleistung für eine zukünftige Koalition mit der ÖVP zu sehen ist.

Exkurs: Die FPÖ und das Hayek Institut

Das Hayek Institut, das 1993 auf Initiative der IV und Anregung des ein Jahr zuvor verstorbenen Friedrich August von Hayek gegründet wurde, ist heute der wohl älteste neo-

liberale Think Tank Österreichs. Dabei versteht es sich als „Wirtschaftsforum, das marktwirtschaftliche Lösungen entwickelt“ (Hayek Institut 2017). Schon unter Schwarz-Blau I kam es zu einer engen Kooperation des damaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser mit dem Hayek Institut. So wurden über das Wissenschafts- und das Finanzministerium in den frühen 2000er Jahren Subventionen von je bis zu 200.000 Euro ausbezahlt, Grasser schrieb mehrmals Vorworte für Publikationen des Hayek Instituts und ermöglichte dem Hayek-Institut, Veranstaltungen im Finanzministerium abzuhalten (Girkinger 2007). Die Verbindungen zwischen dem Hayek Institut und der FPÖ liefen dabei aber vor allem über die Person Grasser und wurden nach dessen Austritt aus der FPÖ zunächst (nach außen hin) nicht weiter gepflegt.

Seit spätestens 2011 aber bestehen wieder enge und vielfältige Verbindungen zwischen der FPÖ und dem Hayek Institut über dessen Präsidentin Barbara Kolm, die selbst von 1994 bis 2000 sowie von 2003 bis 2006 FPÖ-Gemeinderätin in Innsbruck war. So unterstützte Kolm in der Öffentlichkeit die Kritik von Strache am Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) und wurde regelmäßig von der FPÖ in parlamentarischen Anhörungen als Expertin zu (vorwiegend, aber nicht ausschließlich) budgetpolitischen Themen nominiert. Kolm selbst erklärt ihre Kooperation mit der FPÖ 2016 folgendermaßen: „Haider war kein Marktwirtschaftler. Nun sind kompetente Wirtschaftspolitiker in gewählten Funktionen“ (zit. n. Profil, 11.2.2016).

Zuletzt wurde Kolm 2017 von der FPÖ als Rechnungshofpräsidentin nominiert und war Regierungsverhandlerin für die FPÖ in der Fachgruppe „Finanzen & Steuern“. Nach Regierungseintritt der FPÖ wurde Kolm von dieser in den ÖBB-Aufsichtsrat sowie in den Uni-Rat der Wirtschaftsuniversität Wien entsandt. Zudem publizierte sie 2015 in einer Publikation des Atterseekreises¹ ihre Konzepte für Staatsreformen für eine Dritte Republik (Kolm 2015). Die engen Verbindungen und gegenseitigen Bezugnahmen scheinen hier also auf Überschneidungspunkte zwischen rechtspopulistischen und marktradikalen Positionen hinzuweisen (auch Pühringer/Ötsch 2018).

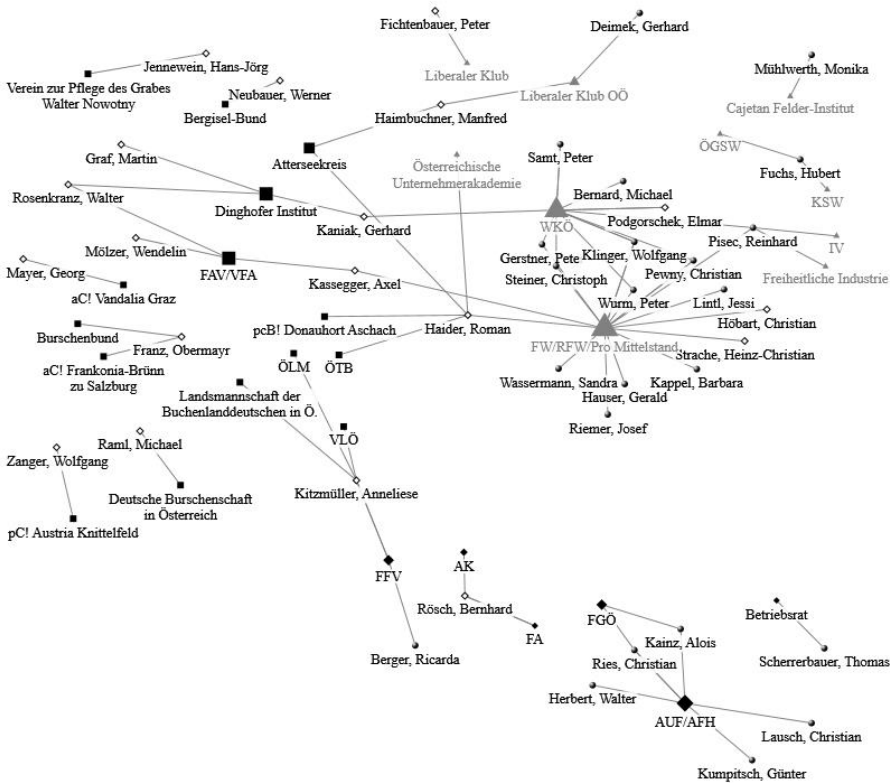
Aktuelle Fraktionierungen innerhalb der erweiterten FPÖ-Parteilite

Aufbauend auf der Darstellung der historischen Entwicklung innerparteilicher Flügel und Konfliktlinien der FPÖ wenden wir uns im Folgenden der FPÖ des Jahres 2018 zu. Es soll netzwerksoziologisch der Frage nachgegangen werden, wie sich die personelle Zusammensetzung der Partei in diesem letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Hat mit der rhetorischen bzw. inhaltlichen Verbreiterung auch eine personelle Verbreiterung innerhalb der Partei Einzug gehalten? Finden der „soziale“ Anspruch sowie die wirtschaftsliberale Öffnung personellen Niederschlag? Wie ist heute das Verhältnis der zentralen Flügel zueinander, und welches Gewicht haben diese innerhalb der Partei? Dem Parteiideologen Andreas Mölzer zufolge war die FPÖ jedenfalls noch 2013 durch weitgehende Homogenität gekennzeichnet: „Die FPÖ ist der nationale Flügel, es gibt keinen anderen, keinen liberalen Flügel, und es gibt auch niemanden, der dies bezweifelt oder infrage stellt.“ (zit. n. Profil, 18.3.2013)

Vor diesem Hintergrund präsentieren wir die Ergebnisse einer personell-institutionellen Sozialen Netzwerkanalyse, im Zuge derer wir die politisch-ideologische Verankerung der erweiterten FPÖ-Parteilite über Funktionen im FPÖ-Partei- und Vereinsnetzwerk und deren Zuordnung zu unterschiedlichen Flügeln als zweimodales Netzwerk darstellen.

Dieses ermöglicht zugleich Rückschlüsse auf die Sozialstrukturen innerhalb des Netzwerkes (in diesem Beitrag verstanden als innerparteiliche Machtstrukturen).

Personelle Basis unserer Netzwerkanalyse bildet die erweiterte FPÖ-Parteielite, in Summe 88 Personen. Diese umfasst alle Mitglieder folgender Organe: Bundesregierung,ⁱⁱ Landesregierungen, National- und Bundesrat, Europäisches Parlament und Volksanwaltschaft. In unserem Netzwerk unterscheiden wir drei Flügel: einen *sozialen*, einen *wirtschaftsliberalen* und einen *nationalen* Flügel. Jedem Flügel haben wir wiederum inhaltlich entsprechende Partei- und Vorfeldorganisationen, nahestehende Vereine sowie Interessenvertretungen zugeordnet.ⁱⁱⁱ Abschließend haben wir ermittelt, welche Personen der erweiterten FPÖ-Parteielite gegenwärtig über die reine Mitgliedschaft hinausreichende Funktionen und Positionen in diesen Organisationen, Verbänden und Vereinen formal innehaben bzw. ausüben. Datenbasis bilden hierbei die Transparenz-Listen des National- und Bundesrates, online zugängliche Lebensläufe, Vereinsregisterauszüge sowie Angaben auf den Webseiten der jeweiligen Organisationen und Vereine. Stand der Erhebungen ist Anfang Juli 2018.



Anmerkung zur Graphik: Personen sind als Kreise bzw. Diamanten (völkisch Korporierte), Organisationen als Rauten = sozialer Flügel, Dreiecke = wirtschaftsliberaler Flügel und Quadrate = nationaler Flügel dargestellt. Funktionen in Bezirks-, Länder- und sonstigen Teilorganisationen wurden zur Vereinfachung des Netzwerkes der Dachorganisation zugeordnet.

Die Soziale Netzwerkanalyse illustriert zunächst, dass der wirtschaftsliberale Flügel auf organisatorisch-institutioneller Ebene innerhalb der erweiterten FPÖ-Parteielite quantitativ am bedeutsamsten ist (32 Verbindungen, 24 Personen). Dabei sind vor allem die Wirtschaftskammer (WKÖ) sowie die verschiedenen Organisationen der Freiheitlichen Wirtschaft (FW/RFW/Pro Mittelstand) mit zehn bzw. 13 Verbindungen die zentralsten Knotenpunkte. Im Vergleich dazu ist der nationale Flügel quantitativ zwar von geringem Umfang (20 Verbindungen, 14 Personen) als der wirtschaftsliberale Flügel, aber von größerem als der soziale Flügel (zwölf Verbindungen, neun Personen), wobei im Ersteren die Freiheitlichen Akademikerverbände (FAV/VAF) und das Dinghofer-Institut (je drei Verbindungen) die zentralen Knotenpunkte im Geflecht darstellen, im Zweiteren die AUF dominant ist (fünf Verbindungen).

Darüber hinaus zeigt sich eine nennenswerte personelle Überlappung des wirtschaftsliberalen und des nationalen Flügels (vier Personen im Vergleich zu einer Person zwischen nationalem und sozialem Flügel sowie keiner personellen Überschneidung zwischen wirtschaftsliberalem und sozialem Flügel). Diese verstärkt sich erheblich, wenn man die Anzahl der Mitglieder völkischer Korporationen (aller Ausprägungen) im sozialen bzw. wirtschaftsliberalen Flügel betrachtet. Während lediglich zwei Personen des sozialen Flügels Mitglied einer völkischen Korporation sind, sind dies zumindest acht Personen des wirtschaftsliberalen Flügels.^{iv} Sieht man sich außerdem gesondert die „liberalen“ Vereine im FPÖ-Umfeld an, so fällt auf, dass die Liberalen Klubs in Oberösterreich, Wien und Tirol jeweils von einer völkisch korporierten Person geleitet werden. Nur das Cajetan Felder-Institut weist erst auf der Ebene des Vizepräsidenten einen Bezug zum nationalen Lager auf.

Fazit

Betrachtet man also die FPÖ-Parteielite auf Basis ihrer organisatorisch-institutionellen Verankerung über Funktionärstätigkeiten, so zeigt sich zweierlei: Erstens ist der soziale Flügel (im Vergleich zum wirtschaftsliberalen und nationalen Flügel) wesentlich geringer ausgeprägt. Das heißt, die soziale Rhetorik der FPÖ konnte sich in den führenden Parteigremien personell nur in Ansätzen verankern. Im Unterschied dazu verfügen die beiden anderen Flügel über eine gute personelle Verankerung innerhalb der erweiterten Parteielite. Zweitens gibt es ausgeprägte Überlappungen zwischen dem wirtschaftsliberalen und dem nationalen Flügel auf organisatorischer (MultifunktionärInnen) wie personeller Ebene (völkisch Korporierte). Dies lässt den vorläufigen Befund zu, dass gegenwärtig der nationale und der wirtschaftsliberale Flügel der FPÖ kaum diametrale Fronten bilden. Eine solche Frontstellung gibt es aktuell höchstens zwischen diesen beiden und dem weitaus geringer ausgebildeten sozialen Flügel. Der Befund Mölzers von 2013 kann somit dahingehend interpretiert werden, dass der bestehende wirtschaftsliberale Flügel weitgehend auf einem soliden nationalen Fundament steht bzw. von dessen Kernpositionen überformt ist. Ein politisch-liberales Segment kann hingegen (wie schon zu Haiders Zeiten) kaum ausgemacht werden.

Mit Blick auf Machtverschiebungen innerhalb der FPÖ seit 2000 ist zunächst eine bemerkenswerte Aufwertung des nationalen Flügels gegenüber der Haider-Ära zu konstatieren. Dies zeigt sich darin, dass heute die Parteispitze von völkisch Korporierten dominiert wird: Parteiohmann, vier von fünf seiner Stellvertreter, der freiheitliche Volksanwalt, die

dritte Nationalratspräsidentin sowie der Klubobmann und der geschäftsführende Klubobmann des FPÖ-Nationalratsklubs entstammen dem deutschnationalen Korporationswesen. Auch in der Breite hat das nationale Lager einen Aufstieg erfahren: So hat sich etwa der prozentuelle Anteil völkisch Korporierter im FPÖ-Nationalratsklub gegenüber dem Jahr 2000 (Weidinger 2015: 456f.) verdoppelt.

Mit dem Eintritt in eine türkis-blaue Regierung haben schließlich viele Korporierte bei der Postenvergabe Berücksichtigung durch die Partei gefunden. Durch die ausgeprägte personelle Verankerung des nationalen Flügels in der Parteispitze ist es für diese nun auch möglich, etwaige Störgeräusche aus dem deutschnationalen Lager öffentlich zu missbilligen, ohne dass es von dieser Seite zu größeren Protesten kommt. Beispiele sind die Einsetzung einer Historikerkommission in Folge der burschenschaftlichen Liederbuchaffäre, die Rede von Strache am Freiheitlichen Akademikerball 2018 sowie Drohgebärden und Distanzierungen gegenüber der burschenschaftlichen Zeitschrift *Aula*. Diese Zurechtweisungen dienen zusätzlich der Besänftigung anderer parteiinterner Flügel und Gruppen wie auch des Koalitionspartners.

Der größte potenzielle innerparteiliche Spannungsfaktor bleibt daher der soziale Flügel (Puller in diesem Heft). Dem widerspricht zwar der Umstand, dass diesem Flügel erstens innerparteilich (wie auch im Jahr 2000) kein sehr ausgeprägtes Gewicht zukommt, und zweitens die zwei zentralen sozialpolitischen Parteiorganisationen (Freiheitliche Arbeitnehmer, Freiheitlicher Familienverband) wiederum von Korporierten geleitet werden. Inwieweit aber FunktionärInnen auf Landes-, Bezirks- und Betriebsebene dem gegenwärtigen, äußerst wirtschaftsfreundlichen Kurs der Partei bedingungslos folgen werden, bleibt abzuwarten und ist keinesfalls gesichert. So manifestieren sich erste Unstimmigkeiten (etwa zur „Arbeitszeitflexibilisierung“) auch bereits in Form von Parteiaustritten durch FA-Funktionäre auf Landesebene.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass sich die personelle Zusammensetzung der erweiterten Parteilite sowie die innerparteilichen Kräfteverhältnisse seit 2000 deutlich gewandelt haben. Im Jahr 2000 waren die unterschiedlichen sozialen Gruppen und ideologischen Strömungen hauptsächlich von der Person Haider zusammengehalten, blieben zueinander aber eher lose und reserviert. Heute hingegen gibt es tendenziell eine stärkere Verschränkung der unterschiedlichen Flügel unter Führung von RepräsentantInnen des nationalen Flügels, der zugleich auch die Einbindung weiterer sozialer Gruppen und Organisationen (z.B. Neoliberale aus dem Hayek Institut und der IV) gewährleistet. Gefahr geht am ehestens vonseiten des sozialen Flügels aus bzw. durch Wahlverluste aufseiten jener, welche die FPÖ auch aufgrund ihrer sozialen Rhetorik gewählt haben.

Anmerkungen

- ⁱ Der 2012 auf Initiative von Manfred Haimbuchner wieder errichtete „Freiheitliche Arbeitskreis Attersee“ ist inhaltlich nicht mit seinem Vorgänger vergleichbar. Hatte dieser in den 1970er und 1980er Jahren noch eine politisch-liberale Ausrichtung, so ist er heute eindeutig dem nationalen Lager zuzurechnen. So bekennt der gegenwärtige Präsident Robert Nemeth, dass er den Atterseekreis nunmehr als Akteur einer „konservativen Konterrevolution“ sieht. <https://www.unzensuriert.at/content/0024943-Norbert-Nemeth-zum-Atterseekreis-Unser-Ziel-ist-ein-freihaitliches-Alpbach-zu>, 10.07.2018.
- ⁱⁱ Bundesministerin Karin Kneissl wurde nicht berücksichtigt, da sie kein FPÖ-Mitglied ist.

- iii Die Zuordnung einzelner Organisationen und Vereine zu den drei Flügeln wurde auf Basis ihrer Selbstdarstellung und Zielsetzungen von den Autoren vorgenommen. Detaillierte Informationen stellen wir gerne auf Nachfrage zur Verfügung.
- iv In Summe sind mindestens 31 der 88 Personen der erweiterten Partielite völkisch korporiert.

Literatur

- Afonso, Alexandre (2015): Choosing whom to betray. Populist right-wing parties, welfare state reforms and the trade-off between office and votes. In: *European Political Science Review* 7 (2), 271–292.
- Arzheimer, Kai (2012): Working Class Parties 2.0? Competition between Centre Left and Extreme Right Parties. In: Rydgren, Jens (Hg.): *Class Politics and the Radical Right*. London: Routledge, 75–90.
- Atterseekreis (Hg.) (1987): *Die Liberalen – auf der Suche nach der verlorenen Identität?* Wien: Selbstverlag.
- Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang (1994): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung DÖW (Hg.): *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien: Deuticke, 357–494.
- Bonvalot, Michael (2017): *Die FPÖ – Partei der Reichen*. Wien: Mandelbaum.
- Girkinger, Michael (2007): „Erklär’ mir die Welt“ – Neoliberale Bewusstseinsarbeit am Beispiel des Wiener Hayek Instituts. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36 (2), 201–218.
- Hayek Institut (2017): Jahresabschluss 2016. https://www.hayek-institut.at/wp-content/uploads/2017/09/2016_Hayek-Institut_Selbstdarstellung_gezeichnet.pdf, 11.07.2018.
- Kolm, Barbara (2015): Mut zur Staatsreform. Ein Konzept für eine Dritte Republik. In: Haimbuchner, Manfred/Gradauer, Alois (Hg.): *Mut zur Wahrheit*. Linz: Freiheitlicher Attersee Kreis, 19–32.
- Lunznig, Matthias (2014): Von Treue und Verrat, Bannflüchen und Vernichtungsstößen. Das Verhältnis von FPÖ und völkischen Verbindungen: Eine Wagneriade. In: ÖH Uni Wien (Hg.): *Völkische Verbindungen. Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich*. Wien: Eigenverlag, 54–81.
- Mudde, Cas (2007): *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pühringer, Stephan/Ötsch, Walter (2018): Neoliberalism and Right-wing Populism: conceptual analogies. In: *Forum for Social Economics* 47 (2), 193–203.
- Rehm, Miriam/Lichtenberger, Hanna/Oberndorfer, Lukas (2017): Das FPÖ-Wirtschaftsprogramm: Wunschkonzert der Reichen. <https://mosaik-blog.at/fpoe-wirtschaftsprogramm-strache-wahlen/>, 11.07.2018.
- Reiter, Margit (2017): „National“ versus „liberal“? Politische Konfliktlinien und Deutungskämpfe im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der FPÖ. www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_thk2017_reiter, 11.07.2018.
- Schiedel, Heribert (2014): National und liberal verträgt sich nicht. Zum rechtsextremen Charakter der FPÖ. In: *Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit* (Hg.): *Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen*. Wien. Mandelbaum, 113–144.
- Weidinger, Bernhard (2015): *Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945*. Wien: Böhlau.